

20. MRZ. 1963

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

B/XVIII/55

Bonn, den 20. März 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	Wie das Parlament sabotiert wurde ----- Verordnungsrecht der Bundesregierung Einspruchsrecht des Bundestages Von Heinrich G. Ritzel, MdB	75
3 - 4	Kritik aus der Distanz ----- Junge ausländische Wissenschaftler zum deutschen Hochschulwesen Von Dieter Bielenstein	67
5	Hungersnot auf Kreta ----- Abseits vom Strom des Fremdenverkehrs Von Dr. B. Mathiopoulos	35
6	Leben in der Wüste ----- Von der Romantik zur Wirklichkeit Von Bruno Kuster, Genf	50

ZUR BEACHTUNG

In der Donnerstag-Ausgabe des SPD-Pressedienstes (21. 3. 1963) veröffentlichen wir einen Artikel von Klaus H e l f e r :

Die Kulturaufgaben der Bundesrepublik

in einer finanzpolitischen Gesamtkonzeption

Chefredakteur Günter Markscheffel

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn, Friedrich-Ebert-Allee 170
Telefon: (0 22 21) Geschäftsführung 2 19 01, App. 319 - Redaktion: (2 18 31 / 32) - Telex: 8 884 890

Wie das Parlament sabotiert wurde

Verordnungsrecht der Bundesregierung

Einspruchsrecht des Bundestages

Von E. G. Ritzel, MdB

Die Aufsehen erregenden Vorgänge anlässlich der Behandlung des Antrages des Aussenhandelsausschusses des Deutschen Bundestages auf Aufhebung einer Verordnung der Bundesregierung (Röhrenembargo) geben Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß Rechtsverordnungen der Bundesregierung nach § 77 Abs. 5 Ziff. 3 des Zollgesetzes vom 14. Juni '96 u n v e r z ü g l i c h nach ihrer Verkündung dem Bundestag und dem Bundesrat mitzuteilen sind, daß der Bundesrat gegenüber dem Bundestag binnen vier Wochen Stellung nehmen kann und daß der Bundestag berechtigt ist, die Aufhebung solcher Rechtsverordnungen binnen drei Monaten nach ihrer Verkündung zu verlangen.

Die Geschäftsordnung

Hierzu gehört eine Bestimmung des Aussenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961, deren entscheidender Satz in § 27 Abs. 2 besagt, daß die Rechtsverordnungen der Bundesregierung unverzüglich aufzuheben sind soweit es der Bundestag binnen drei Monaten nach ihrer Verkündung verlangt.

Meinungsverschiedenheiten gaben dem Bundestag bereits am 25. 2. 62 nach vorheriger Erörterung im Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung Veranlassung, einen klarstellenden Beschluß über das Recht des Bundestages zu fassen. Der Bundestag beschloß damals:

"Bis zur Novellierung der Geschäftsordnung wird für die Behandlung von Rechtsverordnungen gemäß § 21 Abs. 6 und § 77 Abs. 3 des Zollgesetzes sowie gemäß § 27 Abs. 2 des Aussenwirtschaftsgesetzes folgendes Verfahren festgelegt:

Rechtsverordnungen der Bundesregierung auf Grund von § 21 Abs. 2 Nr. 4 und Abs. 5 sowie § 77 Abs. 3 des Zollgesetzes vom 14. Juni 1961 (Bundesgesetzblatt I S. 737) und auf Grund des Aussenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 (Bundesgesetzblatt I S. 481) überweist der Präsident im Benehmen mit dem Ältestenrat dem Aussenhandelsausschuß und soweit erforderlich weiteren Ausschüssen. Der Aussenhandelsausschuß hat dem Bundestag rechtzeitig vor Ablauf der Dreimonatsfrist Bericht zu erstatten. Eine Abstimmung findet nur statt, wenn der Ausschuß empfiehlt, von dem Recht des Bundestages gemäß § 27 Abs. 2 Satz 3 des Aussenwirtschaftsgesetzes oder gemäß § 77 Abs. 3 Satz 3 des Zollgesetzes Gebrauch zu machen. Das gleiche gilt, wenn bei Aufruf des Tagesordnungspunktes ein entsprechender Antrag aus der Mitte des Hauses vorliegt. Er bedarf der Unterstützung von mindestens so viel Mitgliedern wie einer Fraktionsstärke entspricht. Für Änderungsanträge gilt § 100 der Geschäftsordnung."

Unterschrift verweigert

Auf den vorliegenden Fall angewandt, ist festzustellen, daß dem Beschluß des Bundestages auf r e c h t z e i t i g e Berichterstattung vor Ablauf der Drei-Monatsfrist n i c h t entsprochen wurde. Der Berichterstatter, Abgeordneter Dr. L ö h r (CDU/CSU) hat sogar zunächst noch seine Unterschrift unter den Mehrheitsbeschluß des Ausschusses v e r w e i g e r t. Schließlich hat dann die CDU/CSU alles getan, um eine Aufhebung der Verordnung zu v e r h i n d e r n.

- * Es ist erstaunlich, daß hier mit Praktiken eines Winkel-
- * advokaten der Versuch gemacht wurde, ein Parlamentsrecht
- * zu sabotieren. Es war richtig, daß sich die Bundesregie-
- * rung in offener Feldschlacht gestellt und ihre Argumente
- * verteidigt hat. Es war ebenso richtig, daß sich die So-
- * zialdemokraten, in diesem Fall verstärkt durch die Freien
- * Demokraten, veranlasst gesehen haben, ihre Argumente
- * darzulegen. Daß aber eine klare und saubere Entscheidung
- * des Parlaments durch Obstruktionsmaßnahmen der stärksten
- * Regierungspartei v e r h i n d e r t wurde, daß wie-
- * derholte Versuche der Verzögerung gemacht wurden, um die
- * Entscheidung zu verhindern, da die Frist für einen Be-
- * schluß des Bundestages um Mitternacht ablief, zeugt von
- * wenig Vertrauen in die eigene Sache.

Die Obstruktion

Zu dem gleichen Urteil kommt man, wenn man sich den tatsächlichen Ablauf des Abstimmungsvorganges vor Augen hält. Der Präsident des Deutschen Bundestages konnte mit gutem Recht erklären, daß weder die Abstimmung durch Handaufheben, noch die Abstimmung durch Aufstehen der Abgeordneten ein klares Bild erbrachte und daß durch Auszählen der Stimmen im sogenannten Hammelsprung die Meinung des Parlaments geklärt werden sollte.

Hier nun setzte die Obstruktionspolitik der CDU/CSU erneut ein: Sämtliche Abgeordnete der CDU/CSU blieben in der Vorhalle des Bundestages und damit der Abstimmung fern. Da die Berliner Abgeordneten in diesem Falle als nicht stimmberechtigt bezeichnet wurden, kam die erforderliche Zahl von 250 stimmberechtigten Abgeordneten nicht zusammen und der Präsident erklärte den Bundestag für beschlußunfähig, obwohl der Bundestag vor diesem Hammelsprung so stark besetzt war wie selten.

Die Bundesregierung hat ein Verordnungsrecht, das Parlament aber hat auf gesetzlicher Grundlage das Recht, die Aufhebung einer Verordnung zu verlangen. Dieses Recht aber wurde durch die stärkste Regierungspartei s a b o t i e r t.

+ + +

Kritik aus der Distanz

Junge ausländische Wissenschaftler zum deutschen Hochschulwesen
Von Dieter Bielenstein

"Warum reagieren die Deutschen nur in der Regel so allergisch, wenn die 'akademische Freiheit' zur Debatte steht?" So fragt ein junger jugoslawischer Dozent und fährt dann fort: "Es geht doch in erster Linie darum, neue Entwicklungen zu sehen und notwendige, längst fällige Schlüsse zu ziehen."

"Verschultes" Studium?

Das ist nur e i n e von zahlreichen Stellungnahmen ausländischer Wissenschaftler zur deutschen Hochschulreform, die jetzt im neuen Jahresbericht der Alexander von Humboldt-Stiftung veröffentlicht wurden. Aus über 200 Berichten von hier promovierenden oder forschenden ausländischen Jungakademikern und Hochschullehrern wurden diese Stimmen zusammengestellt. Sie zeigen, daß die vielfältigen Forderungen und die Kritik an unseren Hochschulen von ihnen geteilt werden.

Die Überfüllung der Universitäten und die verwirrende Vielfalt der Studiengänge sollte nach ihrer Auffassung dazu führen, mehr Hilfe und Anleitung während der ersten Studienzeit vorzusehen. 183 von 187 ausländischen Wissenschaftlern stimmen in ihrer Forderung überein, die akademische Freiheit einzuschränken. Das Mißverhältnis zwischen der zu geringen Zahl von Hochschullehrern und den steigenden Studentenzahlen bringt sonst die Gefahr mit sich, daß das Studium ungewollt und unbemerkt "verschult". So greift ein Grieche die zunehmende Ausbildung des juristischen Nachwuchses durch Rezipitoren außerhalb der Fakultäten an. Ein Norweger zitiert die Äußerung eines Dozenten im Seminar: "Wir sind nicht interessiert zu hören, was S i e über dieses Problem meinen, wir wollen nur hören, was die Professoren X, Y dazu zu sagen haben." Dabei müßte es doch eigentlich - so meint der Norweger - einen peinlichen Eindruck machen, wenn der Kandidat nur seine Lehrbücher und seine Lehrer reproduziert.

Zu wenig Mittel im "Land der Dichter und Denker"

Fast ausnahmslos wird auch beanstandet, "wie wenig Mittel im Lande der Dichter und Denker" - bezogen auf die übrigen Ausgaben - für Wissenschaft und Forschung aufgewendet werden". Die deutsche Universität scheint in den Augen der Ausländer ohne Kontakt zum sonstigen Gesellschaftsgefüge. Man müsse doch einsehen, daß die Zeit des "Elfenbeinturms" und der Hochschule als "isolierte Insel" vorbei sei und daß die Universität an der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation nicht vorbeigehen dürfe, so betont ein Forscher aus Ost-

asien. Ein Koreaner wendet sich schließlich gegen den hierarchischen Aufbau der Hochschulkorporation und vergleicht ihn mit amerikanischen Verhältnissen. "Professor zu sein, ist ein sehr einsames Dasein, vergleichbar einem Fürsten in einem mittelalterlichen Schloß ... Meine Beobachtungen führen mich zu dem Schluss, dass in der Hand eines Ordinarius in Deutschland zu viel Macht konzentriert ist," so schreibt er und plädiert für mehr Team-Arbeit.

Dass in den Berichten Kritik vorherrscht, mag mit daran liegen, dass die Humboldt-Stiftung den ausländischen Wissenschaftlern die Frage vorlegte, "was würden Sie an der deutschen Hochschule ändern, wenn Sie diese umgestalten müssten?". Immerhin sollte das Ergebnis nachdenklich stimmen.

337 Stipendiaten aus 50 Ländern im Jahr

Die Stiftung hat im vorigen Jahr 337 Forschungstipendiaten aus 50 Ländern der Erde gefördert. 62 Prozent der Stipendiaten kamen aus überseeischen Ländern, die meisten aus Japan (57) und Indien (38); es folgen Ägypten (15), Argentinien (14) und Korea (12). Der Ausdruck "Stipendiaten" sollte aber nicht zu falschen Vorstellungen führen: Es handelt sich ausschliesslich um qualifizierten Nachwuchs mit abgeschlossenem Studium. 30 Prozent waren bereits im Ausland als Hochschullehrer tätig, viele haben bereits weithin beachtete wissenschaftliche Arbeiten veröffentlicht. So wird es auch verständlich, daß die Höhe der Stipendien 800 DM bzw. 1.100 DM für Dozenten monatlich beträgt und dass die Humboldt-Stiftung plant, für die Unterbringung ausländischer Wissenschaftler an unseren Hochschulen Gästehäuser zu errichten.

Auswahl nur nach wissenschaftlicher Qualifikation

Seit 1954 wurden insgesamt rund 1.500 Forschungstipendiaten gefördert. Mit vielen steht die Stiftung heute noch in lebhaftem Gedankenaustausch und vermittelt ihnen wissenschaftliche Publikationen. Zahlreiche "Ehemalige" sind inzwischen angesehene Hochschullehrer in ihrem Heimatland.

Die Auswahl der Stipendiaten erfolgte seit jeher allein nach der wissenschaftlichen Qualifikation, so ändert sich auch stets ihre Zusammensetzung nach Herkunftsländern und Fachrichtungen. Es scheint, dass die rund 4,5 Millionen DM für diese Stipendien im vorigen Haushalt der Stiftung gut angelegt sind.

Hungersnot auf Kreta

Von Dr. B. Mathiopoulos

Die der griechischen Regierung in Athen nahestehende Zeitung "DHIROS" von Lassithion auf Kreta berichtet über die Lage der Landbevölkerung:

"An keinem anderen Ort Griechenlands ist die Lage der Landbevölkerung gleichermaßen verzweifelt wie in Meramvallon und Lassithion. Nur schwer kann man Worte finden, um die dort herrschende Hungersnot und das Unglück zu schildern. Man müßte Fotos der Bauern bringen, die dieser Tage von allen Dörfern und Flecken unserer Gegend zur örtlichen Zentrale für die Verteilung von Viehfutter strömen, um sich Futtermittel zu kaufen. Sie kommen in Lumpen, Ärger und Verzweiflung spiegeln sich auf ihren Gesichtern wieder, sie kämpfen um einen Anteil an Kleie, Häcksel oder verdorbenem Getreide, aber nicht, um ihn zu verfüttern, sondern um sich und die Familie davon zu ernähren. Um überhaupt Mittel zum Kauf des Viehfutters in Händen zu haben, verkauften die Bauern ihr Vieh oder nahmen Schulden auf".

Die Zeitung schreibt weiter:

- * "Diese verzweifelte Lage geht zurück auf drei Ursachen. Ein-
- * mal haben die Bauern im vorigen Jahr ihr Olivenöl zu zwölf
- * Drachmen je Kilo verkauft, während das Kilo heute 21 Drachmen
- * kostet. Zum anderen sind die Mandelbäume - das wichtigste An-
- * bauprodukt dieser Gegend - sämtlich vernichtet worden. Und
- * schließlich hat der Staat die geplante Erschließung des Landes
- * n i c h t durchgeführt. Die Bevölkerung versucht nun vergeb-
- * lich, sich mit wenigen Beeten und ein paar Haustieren über
- * Wasser zu halten."

Die Zeitung schließt mit dem Bemerkten:

- * "Es besteht die Gefahr, daß die Landbevölkerung in Gruppen
- * ihre Dörfer verläßt und in die großen Städte zieht."

Zur Ergänzung dieses Berichts sei folgendes angemerkt: Die Regierung in Athen betont jedes Jahr von neuem, das Sozialeinkommen Griechenlands wachse ununterbrochen und habe seit Beginn der Regierungszeit um 50 Prozent zugenommen. Griechenland erhielt seit Kriegsende von den USA eine nicht zurückzuerstattende Hilfeleistung in Höhe von ca. 13 Milliarden DM. Wo das Geld geblieben ist, weiß man selbst in Athen nicht genau.

Leben in der Wüste

Von Bruno Kuster, Genf

Die Wüste bleibt nicht länger das ausschließliche Hoheitsgebiet der Beduinenstämme, Kameltreiber und sensationshungrigen Touristen. Die Ausbeutung der Bodenschätze, die Anlage von Straßen und Eisenbahnlinien, die Ausdehnung landwirtschaftlicher Kulturen, ja der Aufbau ganzer Industriebetriebe in bisher fast menschenleeren, sonnendurchglühten Gegenden veranlassen immer zahlreichere Menschen, ihr Leben in der gemäßigten Zone mit demjenigen in brütender Hitze zu vertauschen. Das Leben in der Wüste wurde aus einem Thema romantischer Poesie zum Gegenstand wissenschaftlicher Forschung. Ein von der UNESCO zusammen mit Indien in Lucknow veranstaltetes Kolloquium, an dem über vierzig Gelehrte aus dreizehn Ländern teilnahmen, zerstörte einige altvertraute Vorstellungen.

Ist man in der Wüste mehr oder weniger ?

Seit vielen Jahren wird behauptet, der Salz- und Kalorienmangel stelle eines der wichtigsten Probleme des menschlichen Körpers bei großer Hitze dar. Verschiedene Versuche in Israel wie auch in Indien haben jedoch gezeigt, daß eine normale Ernährung durchaus ausreicht, um den Verlust an Natrium zu ergänzen. Man wird also mit Vorteil darauf verzichten, bei einer Reise durch die Sahara Salz-Tabletten zu lutschen, wodurch der Durst in unerträglicher Weise gefördert wird.

Die während fünfzehn Jahren fortgesetzten Untersuchungen über den Kalorienbedarf des Körpers bei großer Hitze schienen zu beweisen, daß der Mensch mit steigender Temperatur immer weniger Nahrung zu sich nehmen muß. Zu völlig entgegengesetzten Schlußfolgerungen sind aber die beiden amerikanischen Forscher Frank Consolazio und Ralph Shapiro gelangt. Ihre Versuche mit einer Gruppe von acht Freiwilligen in der Wüste von Arizona zeigen, daß der durch die Hitze beschleunigte Verbrennungsprozeß im Körper eine gesteigerte Zufuhr an Kalorien erfordert.

Experimente

Die Experimente wurden während dreier Perioden zu je zehn Tagen durchgeführt. Während der ersten Periode mußte die Gruppe gewisse Arbeitsleistungen bei einer durchschnittlichen Temperatur von 40 Grad vollbringen; während der zweiten Periode wurden die Leute durch ein Zeltdach vor der direkten Sonnenbestrahlung geschützt. Und während der dritten Periode wurde die gleiche Arbeit in einem klimatisierten Raum bei 26,5 Grad verrichtet. Das Ergebnis ist verblüffend: bei 40 Grad Hitze betrug der durchschnittliche Kalorienbedarf 4058, im klimatisierten Raum dagegen nur 2733! Falls diese Ergebnisse bestätigt werden, ergibt sich daraus eine völlige Umstülpung der bisherigen Ernährungstheorie, wonach die Menschen der Tropen mit weniger Kalorien auskommen könnten als jene der gemäßigten Zonen. Der Grad der Unterernährung wäre in diesem Falle noch viel krasser, als bisher angenommen wurde.

Wüsterkoller

Die Franzosen haben in der Sahara ausgedehnte Untersuchungen über die psychische Widerstandsfähigkeit der Menschen angestellt. Wohl verstanden: bei den "Versuchskaninchen" handelte es sich jeweils um Leute aus der gemäßigten Zone. Die beste Haltung bewahrte eine Gruppe von Soldaten, die ihr einsames Leben inmitten der unendlichen Weite bewußt gestalteten und organisierten. Sie spielten alle möglichen "Zwischenfälle", um sich etwas Abwechslung zu verschaffen. Und jeder wachte eifersüchtig über seine ganz persönliche Domäne, in welche die Kameraden nicht eindringen durften, ohne vorher sein Erlaubnis gebeten und diese auch erhalten zu haben. - Das Verhalten des Einzelnen in den schweren Lebens- und Arbeitsverhältnissen der Wüste hängt vor allem von einer guten inneren Organisation der Gruppe ab; das psychische Gleichgewicht wird durch die soziale Umgebung bedingt.